

Giffey weist Kritik an angeblicher "Schnüffel-Fibel" zurück

Bremen/Berlin (epd). Im Streit um eine Handreichung für Kita-Erzieher der Berliner Amadeu Antonio Stiftung weist Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) Vorwürfe einer "Schnüffel-Fibel" zurück. Ziel der Broschüre ist es laut Giffey nicht, zu prüfen, wie Eltern leben und was sie denken, sondern Hilfestellung und Information für Fachkräfte in Kitas im Umgang mit rechtsextremen Eltern zu geben. Menschenfeindliche Bemerkungen und Einstellungen machten auch vor Kindertagesstätten nicht Halt, erklärte Giffey am Freitag in Berlin. Eine solche Publikation sei immer wieder von Fachkräften aus der Praxis nachgefragt worden. Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen begrüßte am Freitag die Broschüre und sprach von einer "informativen Handreichung".

Die vom Familienministerium geförderte Broschüre unter dem Titel "Ene, mene, muh - und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik" erschien im September in einer Auflage von 3.000 Exemplaren. Sie wurde zunächst in rechtspopulistischen Blogs und in den vergangenen Tagen in der Berichterstattung einiger Medien, darunter der "Bild"-Zeitung, als "Schnüffel-Fibel" bezeichnet.

"Es geht nicht um Kontrolle, sondern darum, eine Erziehungspartnerschaft auch mit völkisch lebenden Familien einzugehen, die im Sinne der Bildungschancen ihrer Kinder ist", betonte Giffey. Die Autorinnen des besonders kritisierten Artikels "Fallanalysen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis" seien anerkannte Professorinnen an der Alice Salomon Hochschule Berlin und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus - Senftenberg. Ihren Empfehlungen lägen wahre Fälle aus der langjährigen Beratungspraxis im Umgang mit "Völkischen Siedlerfamilien" zugrunde.

Der Bundesvorsitzende der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen, Carsten Schlepper, sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd), mit der Broschüre könnten sich Kita-Teams dem Thema "Rechtspopulismus von innen und außen" nähern. Aus Sicht des Fachverbandes der Diakonie sollte es aber nicht dabei bleiben, die Schrift nur zu verteilen. Vielmehr sollten Kita-Leitungen mit ihren Teams und mit ihren Elternvertretungen dieses Thema aufgreifen und gemeinsame Verabredungen dazu treffen, sagte Schlepper. Die Bundesvereinigung vertritt die Interessen von bundesweit 9.200 Einrichtungen mit mehr als 100.000 Fachkräften und 560.000 Kita-Plätzen.

Dagegen rät das Bezirksamt des Berliner Bezirks Neukölln von der Broschüre ab. Sie wolle Vorurteile bekämpfen, vermittele sie aber selbst, erklärte Jugendstadtrat Falko Liecke (CDU). Es sei nicht Aufgabe von Erzieherinnen und Erziehern, die politische Gesinnung der Eltern zu überprüfen.

Auch die einseitige Fixierung auf rechtsradikale Elternhäuser sei ein Problem, so Liecke. "Gefahren für unsere Demokratie gehen von allen Rändern aus. In Neukölln sehen wir eher ein Problem mit religiösem Extremismus, wenn Kinder beispielsweise zum Tragen des Kopftuches genötigt oder Zwangsehen schon im Kindesalter arrangiert werden." Auch die Indoktrination durch Linksextremisten sei eine Gefahr. Ein ehrlicher Umgang damit kläre über alle Extremismusgefahren auf, ohne Eltern unter Generalverdacht zu stellen, so der Stadtrat. (0245/30.11.18)

epd Inb lob bjs